

Dresdner Volksblatt

Bilder zum Fememord
Seite 5

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp.
Organ für das Volk
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Nr. 303

Dresden, Mittwoch, den 28. Dezember 1932

43. Jahrgang

SPD-Fraktion fordert:

Klache über Heintich!

Sozialdemokratischer Antrag im Landtag: Ermittlungsverfahren gegen die schuldigen Beamten

Wer sind die Anstifter?

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht:
Der Nationalsozialist Heintich ist einem Fememord zum Opfer gefallen. In bestialischer Weise haben die nationalsozialistischen Mörder ihr Opfer angeschossen, den wahrscheinlich noch lebenden Kameraden in Säcke gewickelt, mit Steinen belastet und dann in die eisigen Wassermassen der Zalsperre Matter geworfen.

1. diejenigen Beamten, die durch ihre unverständliche Haltung die Mörder begünstigt haben, zur Rechenschaft zu ziehen,
2. dafür zu sorgen, daß keiner dieser Beamten an dem weiteren Ermittlungsverfahren beteiligt wird,
3. die Mörder energisch zu verfolgen und
4. auch die intellektuellen Urheber, die in den Kreisen der Dresdner Partei- und Stützpunktführer der NSDAP zu suchen sein dürften, ohne Ansehen der Person zur Verantwortung zu ziehen.

Die Befürchtungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sind durch die entsetzliche Tat bei weitem übertroffen worden. Die grenzenlose „Harmlosigkeit“ der untersuchenden Polizeibeamten wird durch den graufigen Fund in ein äußerst merkwürdiges Licht gerückt.

Die nächste Sitzung des Landtags findet am 19. Januar statt. Die sozialdemokratische Fraktion wird verlangen, daß der Antrag an diesem Tage sofort beraten wird, und vor allem fordern, daß die intellektuellen Urheber ausfindig gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden.

Das unerhörte Verhalten der in Frage kommenden Beamten hat nicht nur die Flucht der Mörder begünstigt, sondern auch die rechtzeitige Aufdeckung des gemeinen Kameradenmordes verhindert. Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu ersuchen,

Eine Jahresbilanz

Von Dr. Julius Deutsch, Mitglied des Nationalrats, Wien

Es fing nicht gut an, das Jahr 1932. An seiner Wiege stand ein trübseliger Glendwintler mit Sorgen und Gram, mit Hunger und Not. In Deutschland gab es mehrere Millionen, im kleinen Oesterreich einige hunderttausende Arbeitslose. Das war alles aber denn ein guter Beginn.

Es ist kein zufälliges Zusammentreffen, daß just in den Tagen, da Bayerns Stern in Deutschland ausging, auch in Oesterreich der Versuch einer Rechtsregierung gemacht wurde. Der Bundeskanzler Dollfuß hatte den festen Willen, den Spuren seines reichsdeutschen Vorbildes zu folgen. Er verbündete sich mit den faschistischen Heimwehren und begann so zu tun, als ob er stark genug wäre, auch ohne Parlament zu regieren — ganz wie Bayern in Deutschland. Freilich, der äußere Verlauf der Ereignisse war in den beiden deutschen Staaten verschieden. Die Junterregierung des Deutschen Reiches brauchte nicht viel Federlesens zu machen; sie löste den Reichstag auf und richtete sich auf ein absolutistisches Regieren ein.

So einfach ging das nun in Oesterreich nicht, denn hier stand der Reaktion eine einige geschlossene Arbeiterklasse gegenüber, mit dem nicht gut Dirichthausen war. Also mußte sich Dollfuß bequemen, dem Parlament Rede und Antwort zu geben. Er ist dabei nicht gut weggekommen. Wohl selten hat es einen Regierungschef in Oesterreich gegeben, der die öffentliche Meinung so einmütig gegen sich hatte, wie der kleine Kanzler der Reaktion. Immerhin reichte seine jeweils aufmunternde Mehrheit von ein oder zwei Parlamentsstimmen aus, um dem Rechtskurs eine formale Deckung zu geben. Auf sie gestützt, sammelte die österreichische Regierung in das Abenteuer von Lausanne.

Ohne eine wirkliche innere Notwendigkeit wurde mit dem Lausanner Vertrag dem Anschließenden der schwerste Schlag verlezt. Das bisher keine Regierung gewagt hatte, unternahm die des Rechtskurfes: sie verkaufte den Anschluß Oesterreichs an Deutschland um ein Linsengericht. Auch in früheren Jahren war es der Donarepublik finanziell nicht gut gegangen, und jede Regierung hatte Mühe genug gehabt, den Staatshaushalt halbwegs im Gleichgewicht zu halten. Aber man wand sich durch den Jammer der Zeiten, so gut es eben ging, und hielt trotz aller Not den Glauben an eine schließliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten aufrecht. Einer Rechtsregierung war es vorbehalten geblieben, um ein paar Duzend lumpiger Millionen willen, den Anschluß preiszugeben und auf die nationale Selbstbestimmung zu verzichten. Wobei nicht vergessen werden soll, daß ohne die ausdrückliche Zustimmung der Junterregierung Deutschlands dieser Verrat der öster-

Schleicher-Preußen

Deutschnationale Parteibuchwirtschaft - Provokation auf Provokation

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Der Schulbuch in Preußen ist die konsequente Fortsetzung des reaktionären Anschlags vom 20. Juli. Als General v. Schleicher an der Schwelle des Reichsfanzleramts stand, versicherte er, daß er den 20. Juli ebenso bedauere wie die Art und Weise, in der Otto Braun und Karl Severing behandelt worden seien. Dieser deutschen Distanzierung in Worten vom Bayern-Kurs in Preußen stand schon damals die Tatsache gegenüber, daß der 20. Juli unter offener Mitwirkung der Reichswehr erfolgt ist und daß die Reichswehr benutzt worden ist, um eine Politik der Durchschneidung der preussischen Verwaltung mit Monarchisten und Hochreaktionären, mit deutschnationalen Parteibuchbeamten und Kameradschaften durchzuführen. Seitdem nun Herr v. Schleicher Reichsfanzler ist, hat sich in Preußen nicht das geringste geändert. Ganz im Gegenteil: Die reaktionäre Bayern-Politik, die Politik der Provokation der Republikaner wird unentwegt fortgesetzt. Wo noch Lücken geblieben sind in der deutschnationalen Parteibuchbeamten-Politik, werden sie jetzt geschlossen!

Schubes von Ruhe und Ordnung gesprochen. Eine zweite Welle des Beamtensturms ging unter dem Schlagwort der „Verwaltungsreform“, eine dritte unter dem Vorwand der „Sparmaßnahmen“. Um wahre Verwaltungsreform und Sparmaßnahmen hat es sich dabei so wenig gehandelt, daß inzwischen die meisten Stellen der von ihren Kentern entfernten republikanischen Beamten wieder besetzt worden sind! Unter diesen nichtigen Vorwänden ist der Prozenttag des Adels bei den höheren Beamten in Preußen wieder so gesteigert worden, daß er fast an den Prozenttag heranreicht, der in den wildesten und reaktionärsten Zeiten des wilhelminischen Regimes bestand. Das Wortchen von, das deutschnationale Parteibuch und die Zugehörigkeit zu feudalen Korps sind heute die Qualifikation für eine höhere Beamtenstellung in der preussischen Verwaltung.

Die Reaktion provoziert weiter und sichert damit die Gründlichkeit der künftigen Abrechnung schon heute!

Seit dem 20. Juli regiert deutschnationale Parteibuchpolitik die Stunde! Die gesamte preussische Verwaltung und die Personalpolitik sind einer kleinen, aber hochreaktionären Partei ausgeliefert, die keinerlei Rückhalt im Volke hat und allgemein verhaßt ist als der Dorn der freisten, dümmsten und provokatorischsten Reaktion.

Am 20. Juli haben Bayern und seine Freunde ihren Streich in Preußen vollführt unter dem Vorwand, daß „Ruhe und Ordnung gestört“ seien. Es war der skatanteste Mißbrauch der Verfassungsbestimmungen, der sich denken läßt. Sie haben sofort den Belagerungszustand verhängt, um unter seinem Schutze erprobte republikanische Beamte von hoher Qualifikation aus den Kentern zu entfernen und deutschnationale Parteibuchbeamten an ihre Stelle zu setzen. Von Ruhe und Ordnung war so wenig weiter die Rede, daß nach dem Vorgehen in Preußen der ungeheure Anstieg der Terrorwelle und nach ihm die Verordnung über die Sondergerichte erfolgten! Wie sehr durch den 20. Juli Ruhe und Ordnung gefördert worden sind, das haben Bayern und seine Freunde selbst erfahren, als sie nach der letzten Reichstagswahl durch einen Sturm der Entrüstung und Empörung aus dem Amte verjagt wurden.

Empörend ist nicht nur die Tatsache der Auslieferung der preussischen Verwaltung an die Reaktion schlechthin, empörend ist noch viel stärker die Unehrlichkeit der Ausreden, die die Parteibuchbeamtenpolitik nur notwendig verdecken. Erst hat man von der Notwendigkeit des

Die 75 Maßregelungen

Die neue Maßregelung von 75 Beamten der preussischen Schulverwaltung hat keinen anderen Sinn, als den am 20. Juli begonnenen Nachfeldzug gegen die Sozialdemokratie fortzusetzen.

Wie es die deutschnationalen Maßhaber machen, zeigt folgendes Beispiel: Der Kommissar im Volkshilfungsministerium, Kähler, einst deutschnationaler Abgeordneter des Preussischen Landtages, heute noch Mitglied der Deutschnationalen Partei, ordnete durch einen Erlaß an das Provinzialschulkollegium Berlin die Versetzung des deutschnationalen Landlehrers Richhöffel aus Pommern nach Berlin an. Dieser Richhöffel, gegenwärtig deutschnationaler Abgeordneter des Preussischen Landtages, hat sich jahrelang dem Schuldienst entzogen und dafür eine besonders honorierte Tätigkeit in der Wiener Wirtschaft ausgeübt. Wahrscheinlich haben ihn seine Kenntnisse der Wiener Wirtschaft und sein Talent zum Doppelverdiener die besondere Hochachtung der Deutschnationalen Partei eingebracht. Jedenfalls benötigt sie ihn in Berlin. Die Berliner Lehrerschaft äußert sich darüber in ihrer Nummer 51 wie folgt:

„Richhöffel wird in Berlin für die Deutschnationalen Partei gebraucht, und da er sich wahrscheinlich noch nicht pensionieren lassen will, sollen die Berliner Schulen, in denen für solche Fälle anscheinend immer Platz ist, abgibt Junglehrer über Junglehrer abgebaut werden, ihm eine Stelle als Lehrer oberer Reiter freimachen. Das soll sich Berlin Mühseligkeiten gefallen lassen!“

Das ist Parteibuchwirtschaft ältester Sorte.



Slinks: Schulrat König, langjähriger Leiter der Berliner Schulverwaltung, Präsident des Provinzialschulkollegiums und früherer Reichstagsabgeordneter sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, wird vom Schlichter-Regiment gemahregelt. Rechts: Hildegard Hopmann, bekannte und beliebte Berliner Schulleiterin und sozialdemokratische Abgeordnete, wird mit 11 weiteren höheren Beamten des Berliner Provinzialschulkollegiums vom Schlichter-Regiment gemahregelt.